



Energiepolitik

# **Aiwanger: "Die Aufteilung der deutschen Strompreiszone wäre eine Fehlentscheidung auf Kosten der Stromkunden – stattdessen setzen wir auf den Ausbau der Netze und Speicher"**

28. April 2025

MÜNCHEN Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) hat die Ergebnisse seiner Überprüfung der einheitlichen deutschen Stromgebotszone (sogenannte Bidding Zone Review) veröffentlicht. Der Bericht empfiehlt eine Aufteilung der bisher einheitlichen Gebotszone. Grund für die Empfehlung seien strukturelle Netzengpässe in Deutschland.

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger reagiert mit scharfer Kritik: „Die deutsche Wirtschaft braucht weiterhin die einheitliche Strompreiszone. Jede andere Debatte führt nur zu einer großen Verunsicherung bei allen Akteuren und schadet der Wirtschaft in Süd wie Nord gleichermaßen. Der Windstrom im Norden wird an Wert verlieren und der Strom im Süden wird teurer. Das nutzt niemandem.“

Aiwanger setzt stattdessen auf ein verstärktes Engagement beim Netzausbau als wirksamste Antwort auf Netzengpässe: „Deutschlandweit wird am Netzausbau gearbeitet, die regionale Energieerzeugung und Speicherlösungen werden vorangetrieben. Das ist die wirksamste Antwort auf Engpässe. Nur so schaffen wir eine starke, resiliente Energieversorgung für die Zukunft – ohne Preismauern zwischen Nord und Süd.“

Der Minister warnt, dass sich die negativen Folgen nicht auf Süddeutschland beschränken: „Ganz Deutschland hätte das Nachsehen. Die Idee einer Aufspaltung ist nicht nur teuer, sie ist auch ein Angriff auf den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt. Der Umsetzungsaufwand wäre immens, der Nutzen zweifelhaft. Der

Koalitionsvertrag spricht eine deutliche Sprache: Deutschland soll eine einheitliche Strompreiszone bleiben. Wer das infrage stellt, handelt gegen die Interessen unseres Landes." Die Aufteilung würde beispielsweise den Marktwert von Windstrom aus dem Norden senken. Das hätte zur Konsequenz, dass die EEG-Ausgleichszahlungen steigen, was letztlich die Steuerzahler begleichen müssen.

Ansprechpartner:  
Jürgen Marks  
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 148/25